

# Der OKERBOTE

Neues aus

Hillerse

und

Volkse

Gemeinde Hillerse

Landkreis Gifhorn

Herausgeber: SPD Ortsabteilung Hillerse

Nr: 12

## Dorferneuerung mit Bürgerengagement

vor über fünf Jahren schon, am 24. September 1984, hatte die SPD-Ratsfraktion für Hillerse ein Dorfentwicklungsprogramm beantragt. Nach dem Ratsbeschluss am 24. Januar 1985 hatten wir erst im fünften Anlauf Erfolg, Hillerse in das Dorferneuerungsprogramm zu bekommen.

Ziel ist es, den Strukturwandel im Dorf (z.B. durch die abnehmende Zahl der Landwirte bei steigendem Arbeitnehmeranteil) zu bewältigen und den alten Ortskern als Mittelpunkt des dörflichen Lebens wiederherzustellen.

Neben vielfältigen Maßnahmen zur Standortsicherung landwirtschaftlicher Betriebe spielt die ökologische Verbesserung des Wohnumfeldes und der Erschließung eine große Rolle. Damit sich der Straßenausbau nicht mehr ausschließlich am Autoverkehr orientiert, werden z.B. Rückbaumaßnahmen zur Verkehrsberuhigung bezuschusst.

Die umfangreichen Fördermöglichkeiten öffentlicher und privater Bauvorhaben im Ortskern hat jetzt der Dezernent im zuständigen Amt für Agrarstruktur, Horst Rakow, erläutert. Näheres ist einer Broschüre zu entnehmen, die in Kürze im Gemeindebüro erhältlich ist. Darin wird zur Bürgerbeteiligung ausgeführt, daß keine speziellen Fachkenntnisse erforderlich sind, sondern der gesunde Menschenverstand gefragt ist. Deswegen sollte jeder Anregungen für ein schöneres Hillerse an die Mitglieder des planungsbegleitenden Arbeitskreises weitergeben.

Diesem Arbeitskreis gehören an: Heinrich Blickwede, Karl Brandes, Rüdiger Busse, Traute Busse, Dr. Hermann Calberlah, Ursula Fiegert, Brigitte Franke, Eberhard Funck, Henning Gaus, Gerd Holste, Doris Koop, Inge Löhr, Claudia Nägele, Hermann Norden und vom Gemeinderat Joachim Bauerfeld, Detlef Tanke und Bärbel von Köckritz.

### Aktuell... Aktuell... Aktuell... Aktuell

Die Osnabrücker Firma proCOM will Hillerse, Leiferde und Meinersen an das Kabelfernsehen anschließen, wenn sich 40% der Haushalte beteiligen. Für die Teilnehmer werden 1190 DM als Einmalzahlung und als Monatsgebühr 15,90 DM fällig.



Nach seiner Ansprache in Zicherie ging Hans-Jochen Vogel mit den hiesigen SPD-Spitzenfunktionären Detlef Tanke und Hans-Joachim Schreiner auf ein Bier nach Böckwitz.

## Die erste Einheitslüge

Zwei Tage nach der Wahl in der DDR hat die Bundesregierung die Einstellung des Notaufnahmeverfahrens für Übersiedler zum 1. Juli 1990 verkündet. Sie ist damit auf eine Politik eingeschwenkt, der sie bisher stets wortreich abgeschworen hat. Oskar Lafontaine kommentierte das kleinlaut eingeständnis einer völlig verfehlten Deutschlandpolitik als „ersten Betrug des Bundeskanzlers an der Bevölkerung der DDR“.

Der Versuch des Bundeskanzlers, das sofortige Einschränken nach der Wahl mit einer Schamfrist bis zum 1. Juli zu kaschieren, bringt weitere Schwierigkeiten für Länder und Gemeinden mit sich. Oskar Lafontaine: „Es wird nicht bei dieser halbherzigen Kehrtwende der Bundesregierung bleiben. Schon jetzt zeichnet sich ab, daß der Weg des Bundeskanzlers zur deutschen Einheit mit Lügen gepflastert ist.“

## Lafontaine wirft dem Kanzler „dreisten Wählerbetrug“ vor

Der Kanzlerkandidat der SPD, Oskar Lafontaine, hat Bundeskanzler Helmut Kohl einen „dreisten Wählerbetrug“ vorgeworfen. Die Union habe im DDR-Wahlkampf ausdrücklich einen Umtauschkurs von 1:1 auch bei den Löhnen und Renten versprochen, sagte Lafontaine am Montag in Bonn. Kohl sei von den Bürgern der DDR so verstanden worden. Mit der Absicht, bei der Währungsunion nur einen Umstellungskurs von 2:1 anzuwenden, breche der Kanzler sein Wahlversprechen.

Lafontaine verwies auf seine mehrfach geäußerten Bedenken zu einer

rasch herbeizuführenden Währungsunion. Wer A sage, müsse auch B sagen. Ein Umtauschkurs von 1:1 sei bei einer schnellen Verwirklichung der Währungspläne unverzichtbar. Es sei unredlich, wenn Kohl nach der DDR-Wahl behaupte, er habe nie einen Umtauschkurs von 1:1 versprochen. Daß er von den Bürgern in der DDR so verstanden worden ist, habe auch der Vorsitzende der DDR-CDU, Lothar de Maizière bestätigt, fügte Lafontaine hinzu. Gerade wegen der Wahlversprechen seien CDU und DSU am 18. März gewählt worden.

## Ökologischer Umbau auch in der DDR

Der ökologische Umbau ist eines der herausragenden politischen Ziele der Zukunft. Dies gilt für die Bundesrepublik und die DDR in gleichem Maße.

- Unterlassener Umweltschutz gefährdet Arbeitsplätze. Dies zeigt das Beispiel der DDR. Unser ökologischer Umbau für die Bundesrepublik und für die DDR schafft auf Dauer mehrere hunderttausend Arbeitsplätze. Im ökologischen Umbau, vor allem in der DDR, liegt eine Chance, den Strukturwandel ökologisch und sozial verträglich zu gestalten.
- Die ökologische Vorbelastung in der DDR läßt keinen Spielraum für weitere Umweltbelastungen zu. Deshalb müssen bei Investitionen und beim Aufbau neuer Produktionsanlagen in der DDR

strenge Umweltmaßstäbe angelegt werden. Grundsätzlich sollten die gleichen Anforderungen gelten wie in der Bundesrepublik bzw. in der EG und modernste Umwelttechnologien eingesetzt werden.

- Der ökologische Umbau erfordert auch in der DDR die Berücksichtigung ökologischer Folgekosten bei den Preisen für Produkte und Dienstleistungen. Dazu ist in einem ersten Schritt der Abbau bestehender Subventionen, z.B. bei Energiepreisen, erforderlich. Mittelfristig sind Öko-Steuern und Umweltabgaben geeignete Instrumente. Auch das Ordnungsrecht ist in weiten Teilen übertragbar. Diese Entwicklung zu einer ökologischen Marktwirtschaft muß sozialverträglich gestaltet werden.

## Militärblöcke auflösen

Bei der Bundesregierung findet ein Nachdenken über Veränderungen der Militärstrategie angesichts der Umbrüche in Osteuropa nicht statt. Demgegenüber fordert SPD-Präsidiumsmitglied Heidemarie Wiczorek-Zeul bei der Vorstellung der Abrüstungsforderungen der Arbeitsgruppe „Fortschritt '90“ auch auf diesem Gebiet „neues Denken“. Die Nato-Mitgliedschaft eines vereinigten Deutschlands hält die Arbeitsgruppe für nicht akzeptabel.

- Wir werden Rüstungsprogramme wie Jäger '90 und andere Großwaffensysteme stoppen.
- Wir werden die militärischen Tiefflüge beenden.
- Wir werden den Grundwehrdienst auf maximal 12 Monate begrenzen.
- Wir werden Manöver drastisch reduzieren.
- Wir wollen das Konzept der atomaren Abschreckung beseitigen. Die Nato muß die Strategie der Vorverteidigung, der flexible response und des atomaren Ersteinsatzes aufgeben. Wir wollen, daß alle Atom- und chemischen Waffen für immer von deutschem Boden abgezogen werden.
- Die Militärblöcke verlieren ihre Funktion. Wir streben ihre Auflösung an. Unser Ziel ist ein Vertrag zur Schaffung eines Europäischen Sicherheitssystems, das die bisherigen Militärbündnisse ablöst.
- Der Prozeß der deutschen Einheit muß mit der Herausbildung eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems verkoppelt werden. Dieses System kann stufenweise aufgebaut werden. Die Vollendung der bundesstaatlichen Einheit muß parallel mit der Errichtung der ersten Stufe des europäischen Sicherheitssystems erfolgen, in das die Streitkräfte der beteiligten europäischen Staaten eingebunden sind.

# Mit uns in die neue Zeit

Walter Hiller, künftiger Sozialminister im Kabinett Gerhard Schröders:

„Es gibt in der Sozialpolitik drei Schwerpunkte. Als erstes die Arbeitsmarktpolitik, die Arbeitsplätze sichern, Langzeitarbeitslosen wieder Arbeit und arbeitslosen Jugendlichen eine berufliche Perspektive geben muß. Der zweite Schwerpunkt ist die Bekämpfung der Wohnungsnot, die durch die Versäumnisse der konservativen Bonner Regierung seit Mitte der achtziger Jahre verursacht worden ist.

Dritter Schwerpunkt ist es, den unsozialen Pflegenotstand in Altenpflegeheimen und Behinderteneinrichtungen zu beenden. Dort und in den Sozialstationen muß zusätzliches Personal eingestellt werden. Das ist unsere soziale Pflicht.

Nun, ja, Frau Süssmuths Reden sind eines, ihr Handeln ein anderes. Als führende CDU-Politikerin hat sie die Politik des konservativen Sozialabbaus mitgetragen und mitzuverantworten: die ungerechte Gesundheitsreform zulasten der Patienten, die Kürzungen bei Arbeitsförderungsmaßnahmen, die familienfeindliche Steuerreform oder die Streichung des Schüler-BAFöG. Die Bürgerinnen und Bürger werden von der Sozialpolitikerin auch in Niedersachsen nichts weiter als schöne Worte zu erwarten haben.“



## Albrechts Angst vor dem Wahltermin

**N**icht über Niedersachsen wollten sie mit uns streiten, sondern sie wollten Gerhard Schröder und der SPD nationale Unzuverlässigkeit vorwerfen, sie wollten – wieder einmal – alte Verdächtigungen über Sozialdemokraten als *„Vaterlandslose Gesellen“* hervorkramen.

### Stimmungsumschwung bei der CDU

Das ist ihnen gründlich daneben gegangen. Denn plötzlich stellte die CDU fest, daß die Menschen in Niedersachsen nicht nur an der nationalen Frage interessiert sind, sondern auch an der Lösung der sozialen Probleme. Als wir Sozialdemokraten nach der Revolution feststellten, daß die Probleme in der DDR nicht durch Übersiedlung in die Bundesrepublik, sondern durch Reformen in der DDR gelöst werden müssen, da wurden wir diffamiert mit dem Vorwurf der Übersiedlerfeindlichkeit, wörtlich „Sie hetzten Deutsche gegen Deutsche auf“. Jetzt weht der CDU der Wind ins Gesicht, und über Nacht warf der Ministerpräsident seine Position über Bord.

### Wohnungsproblem verschlafen

Herr Albrecht läuft uns Sozialdemokraten auch in anderen Politikbereichen hinterher. Wir haben jahrelang gegen die Einstellung des sozialen Wohnungsbaus gekämpft und mehr Wohnungsbau gefordert. Kurz vor der Landtagswahl »spendiert« Herr Albrecht dem erstaunten Wählervolk Wohnungsbau, dessen Finanzierung noch nicht einmal gesichert und dessen Fördermethoden mieterfeindlich sind.

### Aus Furcht neue Lehrer

Wir haben in den vergangenen Jahren mehrmals im Landtag die Einführung der Lernmittelfreiheit für alle Schülerinnen und Schüler beantragt, immer ohne Erfolg. Kurz vor der Landtagswahl gibt Herr Albrecht der SPD in Teilen nach und präsentiert eine hastige Aufstockung der Lernmittelbeihilfe, die jedoch im Landtag nicht mehr beschlossen wurde. Wir haben jahrelang den Unterrichtsausfall kritisiert und die Einstellung zusätzlicher Lehrer gefordert, immer ohne Resonanz. Aber auch hier »spendiert« Herr Albrecht kurz vor der Wahl noch neue Stellen, die ebenfalls im Landeshaushalt nicht beschlossen sind. Lassen wir uns überraschen, was er noch alles nachlegen wird, um uns Sozialdemokraten einzuholen.

### Zur Entscheidung der Bonner CDU, Rita Süssmuth nach Niedersachsen zu schicken, sagte Johann Bruns:

Frau Süssmuth war lange im Gespräch als Albrecht-Nachfolgerin, seitdem Albrecht amtsüde geworden war und von Skandalen überhäuft. Wir wissen, daß sie immer abgelehnt hat. Nun stellt sie sich für ein bißchen Wahlkampfkosmetik zur Verfügung. Der Vorgang ist ein verlogenes Manöver, es sei denn, Frau Süssmuth wird sofort Spitzenkandidatin der CDU.

## Soziale Gerechtigkeit für Niedersachsen

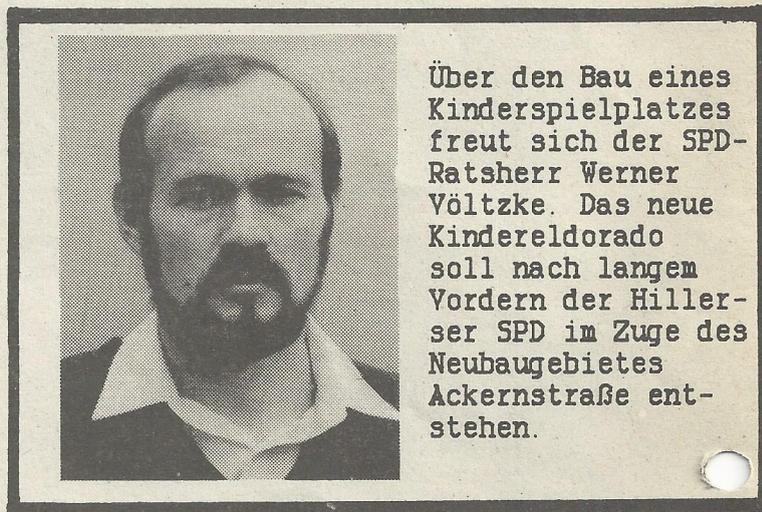
# SPD für Feuerwehrstützpunkt Hillerse

Die hervorragend ausgebildeten Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr Hillerse sollen nach Meinung der SPD-Samtgemeinderatsfraktion nach der Stützpunktvergabe an Leiferde nicht ohne Wirkungskreis sein. Vom Hillerser Samtgemeinderatsherren Detlef Tanke kam beim Besuch der Fraktion im Hillerser Feuerwehrhaus der Vorschlag, die Hillerser Feuerwehr als vierten Stützpunkt auf Samtgemeindeebene einzurichten. Die SPD-Vertreter um den Vorsitzenden des Feuerwehrausschusses Klaus Bergmann wollen sich für die damit erforderliche Anschaffung eines gebrauchten Tanklöschfahrzeuges stark machen.

In der Aussprache mit dem Hillerser Feuerwehrkommando warfen einige Blauröcke den politisch und verwaltungstechnisch Handelnden in der Samtgemeinde Meinersen einen Fehler bei der jetzt geplanten Stützpunktvergabe vor. Schuld seien nicht die Leiferder Kameraden, mit denen man bislang sehr gut an den Einsatzorten zusammengearbeitet habe, waren sich Ortsbrandmeister Wilhelm Franke und der Sicherheitsbeauftragte der Hillerser Wehr Herbert Michels einig.

Fehlentscheidungen seien auf höherer Ebene getroffen worden. Viel Geld hätte gespart werden können, wenn nur noch ein Tanklöschfahrzeug für Hillerse beschafft worden sei, um hier die Ausrüstung für einen

möglichen Stützpunkt zu komplettieren. An dieser Situation sei jetzt und schon vor einem Jahr nicht mehr zu rütteln gewesen, sagte SPD-Fraktionsvorsitzender Hans-Peter Becker. Das gute Ausbildungspotential und die weitreichende Erfahrung in der Unfallrettung der Hillerser Wehr dürfe man in Zukunft nicht ungenutzt lassen. Die ersten Minuten bei der Unfall-, Brand- und technischen Hilfeleistung entscheiden über Rettung oder Mißlingen. Deswegen sei es wichtig, auch in Hillerse mit seinen diversen Gefahrpotentialen wie der Trocknungsanlage, Sägewerk, Holzhandlung, Öllager, Tankstelle oder der nahen Bundesstraße voll einsatzfähig zu bleiben und nicht zur normalen Ortsfeuerwehr zu verkommen, so Michels.



Über den Bau eines Kinderspielplatzes freut sich der SPD-Ratsherr Werner Völtzke. Das neue Kindereldorado soll nach langem Vordern der Hillerser SPD im Zuge des Neubaugebietes Ackernstraße entstehen.



*Frohe Ostern*  
*wünscht Ihre*  
**SPD-Ortsabteilung**  
*Hillerse.*